



HESSISCHER LANDTAG

02. 07. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zeugnistag für schwarz-rote Bildungspolitik: nur anwesend sein, reicht nicht – Koalition muss endlich einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik wagen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass unsere Schulen vor immensen Herausforderungen stehen. Nach Corona haben viele Schülerinnen und Schüler weiter hohen Unterstützungsbedarf. Das haben die alarmierenden Ergebnisse verschiedener Vergleichsstudien gezeigt. Zudem bringt die Integration von 20.000 Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine zusätzlichen Personalbedarf bei einem ohnehin angespannten Lehrkräftearbeitsmarkt mit sich. Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen z. B. im Bereich Ganztag, Digitalisierung und Multiprofessionalität von Schule, die riesige Chancen bieten, gleichzeitig aber zusätzliche Ressourcenbedarfe mit sich bringen. Der Landtag nimmt vor diesem Hintergrund mit Sorge zur Kenntnis, dass die Landesregierung im Nachtragshaushalt 2024 bei der Bildung kürzt, anstatt die Investitionen in unsere Schulen zu steigern. Er fordert die Landesregierung auf, sich den folgenden Handlungsfeldern konsequent anzunehmen:
 - flächendeckende digitale Ausstattung ab Klasse 7,
 - Endspurt für den Rechtsanspruch Ganztag ab 2026,
 - mehr Investitionen in Schulen mit besonderen Herausforderungen,
 - zusätzliche Förderung im Bereich Lesen, Schreiben, Rechnen ohne Abstriche beim Englischunterricht,
 - Ausbau der Demokratiebildung und Extremismusprävention.
2. Die Potenziale der Digitalisierung von Schule müssen besser ausgeschöpft werden. Denn diese birgt nicht nur große Chancen für eine bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, sondern auch zur Entlastung von Lehrkräften bei der Darstellung und Wiederholung von Inhalten. Der Landtag hält es deswegen für notwendig, dass allen Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse standardisiert ein digitales Endgerät zur Verfügung steht, welches durch ein Mietkaufmodell in das Eigentum der Schülerinnen und Schülern übergeht. Für bedürftige Schülerinnen und Schüler müssen genügend kostenlose Leihgeräte zur Verfügung stehen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich Klarheit über ihre konkreten Pläne zu schaffen und sich nicht – wie von Kultusminister Schwarz erklärt – bis ins Jahr 2029 Zeit zu lassen.
3. Der Landtag stellt fest, dass sogar nach Aussage des Kultusministers aktuell noch eine Versorgungslücke von mindestens 33.000 Plätzen zur Umsetzung des ab dem Jahr 2026 schrittweise bestehenden Rechtsanspruch Ganztag an Grundschulen besteht. Zudem bestehen offensichtlich regionale Unterschiede in der Versorgung. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, in Zusammenarbeit mit den Schulträgern schnellstmöglich einen regionalisierten Fahrplan zum Schließen der noch bestehenden Lücke vorzulegen. Neben dem weiteren Ausbau der Kapazitäten braucht es auch ein umfassendes Konzept mit Qualitätskriterien, das Angebote in den Bereichen Kultur und Sport, individueller Förderung und eine gesunde Schulverpflegung als feste Bestandteile des Ganztags verankert.
4. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass nach Angaben der jüngsten PISA-Studie der Bildungserfolg in Deutschland nach wie vor wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft abhängt. Das Startchancenprogramm des Bundes setzt hier genau an der richtigen Stelle an und fördert in den kommenden zehn Jahren deutschlandweit 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler mit insgesamt 20 Milliarden Euro – 320 Schulen davon in Hessen. Der Landtag kritisiert, dass sich die Landesregierung an der Umsetzung des Programms in Hessen nicht mit frischem Geld

beteiligen will, sondern bestehende Landesprogramme zur Förderung von Schulen mit besonderen Herausforderungen vollumfänglich anrechnen möchte. Er fordert die Landesregierung auf, den Ausbau multiprofessionelle Teams an Schulen mit großen Herausforderungen weiter zu beschleunigen und eine echte Kofinanzierung des Bundesprogramms für mehr Bildungsgerechtigkeit sicherzustellen.

5. Angesichts der alarmierenden Ergebnisse verschiedener Vergleichsstudien sind nach Ansicht des Landtags auch schnell weitere Maßnahmen im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen erforderlich. Es ist offensichtlich, dass der Förderbedarf nach den Einschränkungen der Corona-Pandemie weiter hoch ist. Umso unverständlicher ist, dass die Landesregierung beim Aufholprogramm Löwenstark – der BildungsKICK kürzen will. Der Landtag fordert stattdessen die Landesregierung auf, das Corona-Aufholprogramm in ein Chancenbudget für alle Schulen für ergänzende Förderangebote, z. B. im Ganztags, zu überführen. Neben dem weiteren Ausbau des Deutschunterrichts an Grundschulen, den der Landtag begrüßt, bedarf es zudem eines Konzepts, um insbesondere Kinder mit besonderen Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben mit alternativen pädagogischen Ansätzen, z. B. digitalen Lese-Tutoring-Programmen, besser als bisher zu erreichen. Die Stärkung des Fachs Deutsch und der Fremdsprachenerwerb an Grundschulen dürfen zugleich nicht gegeneinander ausgespielt werden. Angesichts der Bedeutung von Englischkenntnissen in unserer globalisierten Welt darf der Englischunterricht an Grundschulen nicht gekürzt werden.
6. Der Landtag erkennt an, dass die politische Bildung an Schulen sowohl mit dem Ausbau des „Politik und Wirtschaft“-Unterrichts als auch mit der stärkeren Verankerung der Demokratiebildung in der Lehrkräfteausbildung in der vergangenen Wahlperiode bereits gestärkt wurde. In Anbetracht der Zunahme antisemitischer und rechtsextremer Vorfälle an Schulen, insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, hält der Landtag jedoch eine weitere Stärkung der Demokratiebildung und Extremismusprävention an Schulen für notwendig. Insbesondere die Thematisierung des Nah-Ost-Konflikts sowie der Umgang mit Hate Speech, Desinformation und Verschwörungstheorien in den sozialen Medien muss noch stärker in den hessischen Kerncurricula verankert werden. Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich Antisemitismus- und Extremismusprävention müssen ausgebaut werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Juli 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)